Privilegirte

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendaselbst.
Insertionspreis für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung



No. 74. Abend-Ausgabe. Montag, den 14. Februar 1859.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Die Artikel des neuesten „Preuß. Wochenblattes", sowohl über die italienische Frage als über die der Donau-Fürstenthümer, enthalten viel Interessantes. In der italienischen Angelegenheit wird die Achtung vor den Verträgen den französischen Kundgebungen gegenüber stark betont. Von dem Protest der Pforte gegen die Bucharester Doppelwahl heißt es, daß ihm sicherlich die Unterstützung der Mächte nicht fehlen werde. Ueber diese vertragswidrige und illegale Doppelwahl werden wohl nach und nach die aufklärenden Einzelheiten bekannt werden. Daß eine Intrigue im Spiele war, geht schon daraus heraus, daß fast sämmtliche Konsuln und andere Agenten den Regierungen gemeldet hatten, Bibesco werde wahrscheinlich gewählt werden. Die französische Regierung hatte wahrscheinlich andere Berichte.

— Die hiesige Gold- und Silberwaaren-Handlung von Friedeberg denkt bereits an die schwierige Epoche des Zahnens und hat eine Klapper anfertigen lassen, die für den kleinen Prinzen Friedrich Wilhelm zum Geschenk bestimmt ist. Das Kleinod ist von Gold und trägt an dem von einem schwarz emaillirten Bande mit der Inschrift: „Honi soit qui mal y pense" umgebenen Stiele den in mehrere Felder von blauer Emaille getheilten und mit den Wappen Großbritanniens und Preußens nebst Rose, Distel und Kleeblatt verzierten Kopf der Klapper. Darüber ist die preußische Krone in rother Emaille mit Perlen angebracht. Die Klapper hängt an einer feinen goldenen Kette und ist über 40 Dukaten schwer, also ein hinreichendes Gewicht für ein Fürstenkind, das sich frühzeitig gewöhnen muß, schwerer zu tragen, als die Kinder gewöhnlicher Leute.

— Sie sind von anderer Seite bereits in Kenntniß gesetzt, daß die Grundsteuer-Regulirung nächstens vor den Landtag kommen wird. Man kann dieses jetzt wohl als gewiß betrachten. Doch wird es, wie wir erfahren, noch nicht im Laufe der nächsten Woche geschehen, wie unter den Abgeordneten selbst vermuthet wurde. Die Ausarbeitung des Entwurfes im Finanz-Ministerium ist fertig; doch muß das Staats-Ministerium noch Beschluß fassen, was innerhalb der obenbemeldeten Frist nicht thunlich sein dürfte.

— Die Vorlage in Betreff der Wiedertrauung rechtskräftig Geschiedener dürfte in dieser Session wohl nicht mehr Statt finden.

— Am 10. d. M. fand bei Sr. K. Hoh. dem Prinz-Regenten der zweite Hofball statt, der von allen hier anwesenden hohen und höchsten Herrschaften besucht war und an äußerem Glanz dem ersten in nichts nachstand. Leider ereignete sich auf diesem Feste ein sehr betrübender Vorfall, der, wenn er zur sofortigen weiteren Kenntniß gelangt wäre, die Festlichkeit vollkommen gestört haben würde. Unter den Geladenen befand sich die Gattin des Geheimen Legationsrath von Küster, wenn wir nicht irren, früheren Gesandten in München, welche in vollkommenstem Wohlsein mit ihrem Gemahl und ihren Töchtern zum Ball gekommen war. Als die Polonaise beendet war und der erste Walzer begonnen hatte, wurde die Dame plötzlich unwohl, verließ die Salons und stürzte im Billardzimmer vom Schlage gerührt todt zur Erde, während ihre Töchter nichts ahnend im Saale fröhlich tanzten! Die Frau Prinzessin von Preußen hiervon sofort in Kenntniß gesetzt, ordnete mit Geistesgegenwart Höchstselbst auf der Stelle das Erforderliche an und veranlaßte, daß weder der Prinz-Regent noch die übrige Gesellschaft von dem Trauervorfall Kunde bekam. Die Leiche wurde mittelst einer Trage aus dem nach der Behrenstraße mündenden hinteren Ausgange des Palais nach der Wohnung des Herrn von Küster geschafft und hierauf die übrige Familie, welche kaum die Abwesenheit der Gattin und Mutter bemerkt haben mochte, behutsam in Kenntniß gesetzt. Freilich konnte alle Vorsorge der liebenswürdigen Fürstin den Armen den entsetzlichen Schmerz nicht ersparen!

— Am 10. Abends bei Beendigung der Opernhausvorstellung wurde einem Kaufmann aus der Provinz Sachsen die bedeutende Summe von 3100 Thlr., welche er unvorsichtigerweise in Fünfzig- und Zehn-Thaler-Scheinen bei sich trug, während des Herausgehens aus der Tasche gestohlen, ohne daß der Thäter ermittelt werden konnte. Man hatte seiner Aufmerksamkeit dadurch eine andere Richtung zu geben gesucht, daß man ihm im Gedränge unmittelbar vor der Beraubung heftig auf den Fuß trat.

Berlin, 12. Februar. (Zwölfte Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Am Ministertische: die Minister von Bonin, v. Bethmann-Hollweg, Flottwell, v. Patow, Graf Pückler, v. d. Heydt. — Der Präsident theilt mit, daß die Abgeordneten Regierungs-Präsident v. Bardeleben und Rittergutsbesitzer v. Benda in das Haus eingetreten. — Es folgen Wahlprüfungen. Bei der Wahl des Ober-Regierungs-Raths von Pavelt im 3. Danziger Wahlbezirk sollen, wie schon nach der Wahl selbst bekannt wurde, Unregelmäßigkeiten dahin vorgekommen sein, daß Wahlmänner ihre Stimme für den genannten Abgeordneten mehrmals abgegeben hätten. Da der Abg. von Pavelt nur gerade mit der absoluten Stimmenmehrheit gewählt worden, so würde, die Richtigkeit der Behauptungen vorausgesetzt, die Wahl, da eine absolute Majorität nicht erreicht worden, ungültig sein. Die Abtheilung hat sich indessen für die Gültigkeit der Wahl erklärt, da der Wahl-Kommissar sofort im Wahllokale Ermittelungen angestellt habe, die zu keinem Resultate geführt hätten. Abg. v. Vincke (Hagen) für Beanstandung der Wahl, weil der Gewählte nur eben die absolute Majorität erhalten und somit nicht gewählt sei, wenn die oben erwähnten Behauptungen sich als richtig herausstellten. Es sei in früheren Fällen ebenso entschieden worden und Gerechtigkeit müsse nach allen Seiten geübt werden. Bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. v. Vincke muß zur Zählung geschritten werden; das Resultat ist, daß sich 164 Stimmen für den Antrag und 133 dagegen erklären. Die Wahl ist somit beanstandet. In demselben Wahlkreise ist der Landrath von Platen zum Abgeordneten gewählt. Während der Wahl sind gegen dieselbe keine Proteste erhoben, wohl aber ist später behauptet, daß der Gewählte, der zugleich Wahl-Kommissar gewesen, sich unter die Wahlmänner gemischt, Stimmen für sich geworben, Drohungen gegen die Wahlmänner ausgestoßen und schon vor der Wahl die ihm untergebenen Schulzen aufgefordert habe, für ihn zu stimmen u. dgl. m. Da diese Momente bereits näher untersucht worden sein und sich als unbegründet ergeben haben sollen, so hat die Abtheilung die Gültigkeits-Erklärung der Wahl beantragt. Abg. v. Lyskowsky gegen den Antrag der Abtheilung, der Abg. v. Platen sei an der Klippe gescheitert, daß er als Kandidat mit seinen Pflichten als Wahl-Kommissarius in Konflikt gerathen; nach den eingegangenen Protesten habe der Abgeordnete sich während des Wahlaktes unter die Wahlmänner gemischt, einigen Wahlmännern gedroht, falls sie nicht für ihn stimmen würden; dann solle er auch noch den Kreisexekutor zu seiner Hülfe herbeigezogen haben, um auf die Wahl zu wirken. Redner beantragt, die Wahl zu beanstanden. Der Antrag des Abg. v. Lyskowski wird nach längerer Debatte mit großer Majorität angenommen. Dafür die ganze rechte Seite des Hauses, das Centrum, die Polen. Dagegen die Fraktion v. Arnim und v. Blankenburg. — Ueber die Petition der vier Brodfabriken zu Berlin, Stralsund, Königsberg und Memel hat die Kommission Tagesordnung beantragt; die Abgg. v. Vincke und Genossen beantragen in einem Amendement Ueberweisung an das Ministerium zur Berücksichtigung, behufs künftiger Erstattung der Mahlsteuer bei Ausfuhr von über einen Centner Roggenbrod. Der Abg. Graf Cieszkowski hat, für den Fall der Ablehnung des v. Vincke'schen Antrags, in einem eventuellen Amendement beantragt: „die Petition dem Ministerium mit dem Anheimstellen zu überweisen, ob nicht durch Einräumung einer den städtischen Bäckereien bei der Ausfuhr von Roggenbrod nach mahlsteuerfreien Ortschaften zu vergütigenden Rücksteuer nicht allein dem Wunsche der Petenten gewillfahrt, sondern auch, ohne Schwierigkeit für die Steuer-Kontrolle, ohne Beeinträchtigung der freien gewerblichen Konkurrenz und ohne die geringste Einbuße an Abgaben, dem Interesse der ärmeren Bevölkerung wesentlich entsprochen werde." Ueber diese Anträge entspinnt sich eine lebhafte und lange Debatte. Schließlich aber wird (fast einstimmig nur die Polen sind dagegen) unter großem Gelächter der Antrag der Kommission (Uebergang zur Tagesordnung) angenommen.

Es folgt die Berathung über eine zweite Petition des ehemaligen Lehrers Wander wegen verweigerter Niederlassung. Die Petitions-Kommission beantragt: „In Erwägung, daß der Lehrer Wander nicht mehr Wohnung oder zeitweisen Aufenthalt in Löwenberg nehmen will, geht das Haus, wenngleich ihm die früher gegen Wander getroffenen Maßregeln der Regierung als ungesetzlich erscheinen, zur Tagesordnung über." — Herr Rohden hat einfache Tagesordnung beantragt.

Herr Techow: Es handelt sich hier um verfassungsmäßige Rechte. Jeder wird hier, wie ich glaube, in diesem Hause gern gehört werden, der sich eines lang verfolgten Mannes annimmt. (Bravo.) Der Lehrer Wander ist wegen politischer Ausschreitungen diszipliniert worden. Worin haben diese bestanden? Er hat im Mai 1849 ein Hoch auf Deutschland ausgebracht; später hat er eine Demonstration für die Nationalversammlung gemacht, und ist dann von dem Schwurgericht wegen Störung des öffentlichen Friedens zu 50 Thlr. Strafe verurtheilt worden. Sodann ist er wegen Preßvergehen verurtheilt worden. Nachdem er nun von seiner Stelle entlassen, wurde er in Löwenberg nicht zugelassen, der Instanzenzug blieb erfolglos. Er hatte dann die Absicht, seine Familie in Löwenberg zu besuchen. Die Polizei aber verhinderte diesen Besuch, da in dem Gesetze von 1842 auch von Aufenthalt gesprochen wird, und die Polizei annahm, daß, wer sich in einem Orte aufhält, auch daselbst sich zeitweilig niederläßt. Dennoch kann nach allgemeinem Sprachgebrauch ein solcher Mann, dem von allen Gerichtshöfen die Ehrenrechte gelassen sind, nicht ein entlassener Sträfling genannt werden. (Bravo.) Was kann man dem Wander vorwerfen, als daß er andre Grundsätze habe, wie der Landrath des Hirschberger Kreises, der Regierungs-Präsident des Liegnitzer Kreises, der frühere Minister des Innern. (Murren links.) Meine Herren! Ich freue mich über Ihr Murren. Ich nehme an, daß Sie über die Willkür der früheren Regierung murren. (Bravo rechts.)

Hr. Kaiser. Es ist der Lehrer Wander hier so viel gelobt worden, daß es Zeit wäre, daß er hier auch einigen Tadel erfährt. Im Lande ist Wander allgemein als ein der öffentlichen Sicherheit gefährlicher Mensch bekannt. (Gelächter rechts.) Thatsachen kann ich außer den Verurtheilungen, die bekannt sind, gegen Wander nicht anführen. Aber die allgemeine Meinung steht ihm entgegen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Regierung mußte im öffentlichen Interesse gegen Leute wie Wander einschreiten. Ja, die Polizei muß gegen solche Leute von ihrer diskretionären Gewalt Anwendung machen. (Lebhafter Protest.) Der Redner führt noch an, daß früher die Petitionen zurückgewiesen worden, und daß es sich nicht gezieme, bei jedem Witterungswechsel auch eine neue Ansicht über Gesetzlichkeit zu äußern. Der Redner beantragt schließlich die Annahme der Tagesordnung, da der Antrag der Kommission die Autorität der Regierung erschüttern würde.

Hr. Mathis (Barnim). Ich will von der Person des W. nicht sprechen, weder zu seinem Lobe noch zu seinem Tadel. Ich fordere aber das Haus auf, sich für die Aufrechterhaltung eines Gesetzes auszusprechen, das wichtiger ist, als manche andere, für deren Bewahrung sich das Haus erklärt. Es ist das Gesetz, durch welches Jedem freisteht, sich seinen Aufenthalt zu nehmen, wo er will. Es hat mich sehr überrascht, den Antrag der Kommission exorbitant gefunden zu sehen. Das Haus soll sich nach dem Antrage der Kommission in ungemein milder Weise über die Illegalität im vorliegenden Falle erklären. (Bravo rechts.) Ich bin auch nicht der Ansicht, daß die Staats-Regierung im vorliegenden Falle dolose gehandelt. Aber meine Herren, von der Auffassung der Gesetze, wie sie bei der früheren Staats-Regierung stattfand, kann man doch im höchsten Grade abweichen. Meines Erachtens wird die Autorität der Regierung nur dann aufrecht erhalten, wenn die Gesetze klar und nach ihrem Inhalte, ohne zu deuteln, angewendet werden. Findet die Regierung das Gesetz zu milde, so mag sie dessen Abänderung beantragen. Dringt sie damit nicht durch, so muß das Gesetz aufrecht erhalten werden. Im vorliegenden Falle ist das nicht geschehen. Das Gesetz erlaubt nur, gegen entlassene Sträflinge von der Versagung der Niederlassung Gebrauch zu machen. Unter Sträflingen hat man bisher nie Leute verstanden, die nur zu einer Geldbuße verurtheilt worden sind. Ich halte es von besonderer Wichtigkeit, daß das Haus sich für die ehrliche Anwendung der Gesetze ausspreche. In den jüngstvergangenen Jahren hat man den Unterthanen den Schutz der Gesetze entzogen. Fremde dürfen sich nach dem Gesetz von 1842 nur gegen Aufenthaltskarte an einem Orte aufhalten. Nun hat man preußische Staatsbürger, die politisch oder sonst mißliebig waren und sich an einem Orte niederlassen wollten, nur gegen Aufenthaltskarte geduldet. So hatte die Polizei das Recht erlangt, sie immer nach 4 Wochen ausweisen zu können. Das sind Mittel, zu denen eine Staatsregierung nie greifen soll, durch nichts wird die Autorität mehr gefährdet. Sie wird aber gestärkt, wenn sich das Haus im Sinne des Kommissions-Antrages ausspricht. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Hr. Dr. Falk, als Berichterstatter, führt aus, daß die Ungesetzlichkeit der gegen Wander ausgeführten Maßregeln außer Zweifel sei. Sei auch die einschlägige Gesetzesstelle nicht exakt gefaßt, so stehe doch fest, daß sie auf Wander nicht angewendet werden konnte. Nun frage es sich, ob es, wie hier behauptet worden, unpraktisch sei, die Ungesetzlichkeit nachträglich zu konstatiren. Er seinerseits glaube, daß es Pflicht des Hauses sei, dies auszusprechen. (Bravo!) Der Redner kommt auf die von Diesterweg gegebene Charakteristik Wanders zurück und führt an, daß Wander bei einem Kinderfeste in einem Vortrage die Sonne mit den Worten: „O du erhabene konstitutionelle Himmelskönigin" anredete. Wer so spreche, sei kein Pädagoge. (Große Heiterkeit.)

Der Finanzminister v. Patow: Er und sein anwesender Kollege v. Bethmann-Hollweg werde sich der Abstimmung enthalten. Das Haus werde die Rücksichten billigen. (Bravo rechts.)

Die Tagesordnung wird darauf abgelehnt; dafür nur die Fraktionen v. Arnim, v. Blankenburg und die Mehrheit der Katholiken. Der Kommissions-Antrag wird darauf mit großer

Mehrheit angenommen; dafür die ganze rechte Seite des Hauses, die Polen und einige Mitglieder des Centrums.

Schluß der Sitzung um 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag den 14. Februar. Tagesordnung: Präsidentenwahl und Berathung der Petitionsberichte.

Berlin, 13. Februar. Die Kreuzzeitung schreibt: Wir glauben allerdings zu der Mittheilung berechtigt zu sein, daß der österreichische Gesandte hierselbst seiner Regierung melden konnte, das preußische Kabinet halte es für sehr wünschenswerth, daß Graf Boul sich zu Unterhandlungen bereit zeige, deren Zweck sein würde, eine Entfernung der österreichischen wie der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate möglich zu machen. Ueber die Rückäußerung des Wiener Kabinettes haben wir etwas Positives noch nicht erfahren; aber wir können hinzufügen, daß die französische Regierung von den Eröffnungen, welche Frhr. v. Schleinitz dem österreichischen Gesandten gemacht, vor wenigen Tagen in Kenntniß gesetzt wurde. — Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzige Besetzung des römischen Gebiets durch die Truppen Oesterreichs und Frankreichs ein anormaler Zustand ist, und wenn es gelänge, demselben in angemessener Weise ein Ende zu machen, so wäre das gewiß sehr erfreulich und räumte zugleich einen Grund zur Unzufriedenheit hinweg. Aber leicht wird die Ausführung nicht sein, wie die Dinge im Kirchenstaat nun einmal liegen.

— Der Geh. Regierungsrath Dr. Hahn, Hülfsarbeiter im Ministerium des Innern, ist in gleicher Eigenschaft in das statistische Bureau eingetreten.

Düsseldorf, 11. Februar. Wie von Elberfeld, ist, der „Düsseld. Ztg." zufolge, auch von hier eine Petition gegen die Aufhebung der Verordnung über die Sonntagsfeier abgegangen.

München, 12. Februar. In der heute stattgehabten Sitzung der Kammer der Abgeordneten erwiderte der Minister-Präsident auf die desfallsige unterm 5. d. eingebrachte Interpellation des Freiherrn von Lerchenfeld, es sei wegen der Pferde-Ausfuhr seitens des Zollvereins noch kein Beschluß gefaßt worden, die Ausfuhr von Pferden aus Norddeutschland sei unbedeutend, die aus Süddeutschland nicht außergewöhnlich. Die friedlichen Erklärungen der Großmächte hätten übrigens die Kriegsgefahr, die ganz Deutschland einig finden würde, für jetzt in den Hintergrund gedrängt. Freiherr v. Lerchenfeld entgegnete, daß die Pferde-Aufkäufe in Süd-Bayern bedeutend seien.

Oesterreich.

Wien, 10. Februar. Man schreibt der Köln. Ztg.: Bekanntlich hat vor Kurzem das englische Kabinet eine Note an Sardinien und Oesterreich gerichtet, durch welche diesen Mächten gegenseitige Mäßigung angerathen wurde. Diese Note hat nun, wie ich höre, österreichischerseits bereits ihre Erledigung durch eine Depesche gefunden, welche gestern nach Berlin abgegangen ist. Oesterreich soll in derselben die Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, dem französischerseits kund gegebenen Wunsche zur Räumung der Legationen bis auf die vertragsmäßig festgesetzten Garnisonsplätze zu willfahren, und ersucht das Berliner Kabinet, sich der Mühe unterziehen zu wollen, diesen Schritt der großen Mäßigung Oesterreichs zur Kenntniß des Grafen Walewski zu bringen. Zu bemerken ist übrigens noch, daß in dieser Depesche die von Frankreich gewünschten Reformen im Kirchenstaate in keiner Weise berührt wurden, sondern sich dieselbe jenen Anschauungen anschließt, die im englischen Unterhause offen ausgesprochen wurden. (Solche Reformen wurden auch im Parlamente verlangt.)

Wien, 11. Februar. Die hiesige „Militär-Ztg." macht in ihrer letzten Nummer folgende Bemerkung: „Die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht einer Verstärkung der Garnisonen in Ancona, Bologna und Ferrara ist eben so irrthümlich als jene, daß ein oder das andere Armeekorps bereits auf den Kriegsfuß gesetzt wurde. Bis zur Stunde ist die Armee in allen Provinzen der Monarchie auf dem Friedensstand in der Stärke von 400,000 Mann geblieben; es hat auch keine Noth, die Kriegsbereitschaft sofort ins Leben zu rufen, da, Dank den Institutionen und dem Organismus des Heeres, ein Wort des Kaisers genügt, um die streitbaren Kräfte in der kürzesten Frist auf das Doppelte des gegenwärtigen Standes zu bringen. 800,000 wohlausgerüstete, erprobte Krieger können in vierzehn Tagen unter den Fahnen stehen und wo es nöthig, disponirt werden.

Wien, 11. Februar. Einer Wiener Korrespondenz der Indep. belge zufolge, hätte das österreichische Kabinet in einer an die englische Regierung gerichteten Note die Nothwendigkeit anerkannt, die Verwaltung des Kirchenstaats in einer Weise zu modifizren, welche die Anwesenheit fremder Truppen entbehrlich machen würde. Das englische Kabinet hätte sich beeilt, die französische Regierung von dieser Mittheilung in Kenntniß zu setzen.

Frankreich.

Paris, 10. Februar. Es war schon mehrmals davon die Rede, die Diäten der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers in eine fixe Remuneration von 10,000 Fr. jährlich zu verwandeln. Graf Morny ist mit diesem Antrage neuerdings in den Bureaux hervorgetreten, hat jedoch dessen Annahme nicht durchsetzen können. — Der „Independance" wird von hier aus mitgetheilt, daß von einer Verbindung des Königs von Sardinien mit der ältesten Tochter der Großfürstin Marie, Wittwe des Prinzen Eugen Beauharnais, ernstlich in Rede sei. Die achtzehnjährige Prinzessin ist durch ihre Mutter, eine Enkeltochter des Kaisers Nikolaus, und durch ihren Vater mit Napoleon III. verwandt.

— Die ersten Truppen der Division Renault, die von Afrika nach Frankreich abgesandt worden ist, sind in Lyon angekommen.

Paris, 11. Februar. Des Kaisers Wille wird geschehen. Die Wendung der Dinge an der unteren Donau macht den baldigen Wiederzusammentritt der Konferenz nöthig, und diese wird in Kurzem schon ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Die Pforte wünscht es dringend, und Oesterreich befindet sich zur Zeit in einer Lage, daß es sich schwerlich länger sträuben wird. Der hiesige erste Korrespondent des „Nord" sieht sich heute in den Stand gesetzt, diesen Zusammentritt als nahe bevorstehend anzukündigen. Es fragt sich nun, ob es dem Grafen Walewski gelingen wird, diese Versammlung, welche nur spezielle Aufgaben, die Reorganisation der Donau-Fürstenthümer und die Donauschifffahrts-Frage zu lösen hatte, zu einem Kongresse, der auch Angelegenheiten der großen Politik vor sein Forum ziehen kann, auszuweiten. Die Brücke dazu ist geschlagen, wenn die Uebergriffe der Rumänen nicht einfach als konventionswidrig abgewiesen, sondern auf eine Personal-Union oder gar auf Bildung eines unabhängigen Königreichs Rumanien eingegangen werden soll. Leicht dürfte dem Kaiser die Durchsetzung dieses Planes wohl nicht werden. Die diplomatischen Unterhandlungen über die mittel-italienischen Mißstände, die in vollem Zuge sind, werden französischerseits noch unablässig durch umfangreiche Vorbereitungen zur Anwendung des letzten Mittels verstärkt.

Paris, 12. Februar. Der heutige Moniteur enthält den Bericht des Ministers über die Ausdehnung der Stadt Paris bis zu den neuesten Festungswerken, so wie das kaiserliche Dekret über die Ausführung dieses Projektes, die mit dem 1. Januar 1860 ins Leben treten wird. Paris wird künftighin aus 20 Arondissements bestehen. Den außerhalb der jetzigen Barrieren gelegenen Debitstellen von Getränken, so wie den Häuserbesitzern sind gewisse vorübergehende Begünstigungen bewilligt.

— Im gestrigen Ministerrathe ist dem Vernehmen nach beschlossen worden, der Presse in Paris und in den Departements „einen lebhafteren Anstoß" zu verleihen.

Großbritannien und Irland.

London, 12. Februar. Allen heutigen Blättern zufolge waren in ganz Großbritannien die Zeichnungen für die österreichische Anleihe unbedeutend. An anderen Orten wurden, wie es heißt, 3 bis 4 Millionen gezeichnet.

Matinée für Kammermusik, gegeben von Herrn Kapellmeister H. Seidel im Saale des Kasino.

Den 13. Februar 1859.

Herr Kapellmeister Seidel hat mit dieser Matinée den Musikfreunden einen nach den verschiedensten Seiten hin ebenso interessanten als reichhaltigen Genuß bereitet. Die große Sonate für Pianoforte und Klarinette von C. M. v. Weber (op. 48 Es-dur) gab Herrn Seidel nicht minder Gelegenheit, den hohen Grad seiner Virtuosität im Spiel auf das glänzendste zu entfalten, als Herrn Kaiser, uns die Schönheit seines Spiels und das Seelenvolle seines Tones kennen zu lehren. Wir gestehen, wir haben lange nicht so sauber und zart und dabei zugleich so fertig und exakt die Klarinette blasen hören. Das Zusammenspiel beider Künstler ließ nichts zu wünschen übrig; während Herr Seidel die Tempi's so rasch nahm, als es der Charakter des Tonstücks nur immer zuließ, und mit wahrhaft überraschender Keckheit die nicht geringen Schwierigkeiten desselben überwand, wußte Herr Kaiser sich ihm durchaus ebenbürtig zu beweisen. Besonders ergreifend war die zarte Ausführung des zweiten Satzes. — Mit dem Vortrage des „Ständchen von Taubert" entzückte Herr Schneider alle Anwesenden, und feierte mit Recht einen seiner glänzendsten Triumphe als seelenvoller Tenor; die Zartheit und Sauberkeit des Vortrags, bei stets gleicher Reinheit und durchaus in jeder Sylbe verständlicher Aussprache, müssen bei den schönen Mitteln, über die derselbe gebietet und die er so kunstgerecht zu beherrschen weiß, bei dem so ausgezeichneten Portamento ins besondre mit jedem solcher seelenvollen, elegischen Lieder ihn noch mehr zum Liebling der Musikfreunde machen und lassen nur wünschen, daß andre Sänger von ihm lernen mögen, die Grenzen der echten Schönheit im Gesange zu wahren, wie er es thut. — Auch die Brieftaube von Fr. Schubert verdient die unbedingteste Anerkennung, wenn gleich sie jenem gegenüber nicht so ergreifend zu wirken vermochte. — Das Trio von Beethoven (op. 70 D-dur), eine der genialsten Kompositionen des großen Tondichters, wurde von Herrn Seidel, Wodrich und Wild I. durchgehends vorzüglich ausgeführt, auch in Betreff der Nüanzirung des Einzelnen, in welcher Herr Seidel sich stets als Meister bewährt. Am gelungensten erschien uns der zweite Satz, das Cargo assace espressivo, das in seinem düstern, schauerlich geheimnißvollen Charakter seine wunderbare Wirkung nicht verfehlte. Nur glauben wir, daß sowohl der erste, als dritte Satz ein klein wenig zu sehr im Tempo gesteigert vorgetragen wurden, und dürfte vielleicht der einzig sichere Maßstab zur Beantwortung der allerdings schwierigen Frage, wie weit darin gegangen werden dürfe, die noch zu bewahrende vollkommene Klarheit und Durchsichtigkeit im Vortrage sein, bei der es stets noch vermieden wird, daß nicht das Einzelne für den Zuhörer sich zu verwischen beginnt. Jedenfalls verdient der Herr Konzertgeber nicht mindern Dank für die Wahl dieses Tonstücks, als für die meisterhafte Ausführung, die auch darum stets einen so wohlthuenden Eindruck auf den Zuhörer macht, weil er sich bei derselben mit so viel Freiheit und Sicherheit bewegt. — Den Schluß bildete in würdiger Weise Fr. Schubert's Streichquintett op. 163 C-dur, vorgetragen von Herren Wild I. und II., Herrmann, Wodrich und Rode. Die werthvolle Leistung fand bei den großen Schönheiten des Werkes selbst den verdienten Beifall, wenn gleich auch hier die zu große Breite und Gedehntheit, schon des ersten Satzes und noch mehr des Scherzo mit dem zweiten, sehr lang ausgedehnten Trio, den Eindruck nothwendig schwächten und es beklagen ließen, daß Schubert es nicht über sich vermocht, sich selber in diesen instrumentalen Tonwerken hie und da engere Grenzen zu setzen. Der zweite Satz selbst, der an sich so unnachahmlich schön ist, litt unter einer gewissen Gedehntheit. Jedenfalls würde, um den Zuhörer stets frisch dabei zu erhalten, es zu empfehlen sein, ein solches Werk vorausgehen zu lassen. Möge Herr Kapellmeister Seidel in der ungetheilten Anerkennung aller Anwesenden den Lohn für seine verdienstvollen Bestrebungen, die wahren Musikfreunde mehr und mehr mit dem Besten auf dem Gebiete der Kammermusik bekannt zu machen, finden! 31.

Provinzielles.

* Der folgende Antrag ist im Abgeordnetenhause eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staats-Regierung zu ersuchen, die geeigneten Schritte zu thun, um den Weiterbau der Stargard-Kösliner Eisenbahn bis Danzig in baldigste Ausführung zu bringen." — Die Motive lauten: „Die Provinz Hinter-Pommern, nach Flächen-Inhalt der bei weitem größere Theil der ganzen Provinz Pommern, ist bis jetzt von den Vortheilen der Eisenbahnen als ausgeschlossen zu betrachten gewesen, indem die Stargard-Posener Bahn dieselbe nur auf wenige Meilen durchschneidet. Im Anerkenntniß dieses Mißstandes ist die Bahn von Stargard nach Köslin in Angriff genommen, und dieser Theil der Provinz genießt vom 1. Mai d. J., als wahrscheinlichem Eröffnungstermin, die Vortheile dieser Eisenverbindung. Dahingegen bleibt der größere Theil Hinterpommerns und zwar von Köslin bis zur westpreußischen Grenze (etwa 18 Meil.) von jeder Eisenbahnverbindung ausgeschlossen, wodurch das so nachtheilig wirkende Verhältniß entsteht, daß die Rohprodukte zwischen Stettin und dort so bedeutend im Preise verschieden sind, daß diese Verschiedenheit oft ein Viertel und mehr des ganzen Werthes beträgt. Ist nun dieser Theil der Provinz Pommern rein produktiv, so dürfte hiernach die Verlängerung der Stargard-Kösliner Bahn wohl eine Berücksichtigung zu erwarten haben. Auch im Interesse des Staats dürfte der Weiterbau dieser Bahn liegen, da die Bahn von Stargard nach Köslin die garantirten Zinsen nicht tragen wird, wohl aber dürfte die Verlängerung derselben bis Danzig die ganze Bahnstrecke rentabel machen." — Unterzeichnet ist der Antrag von den Abgg. Denzin, von Platen, v. Bonin (Stolp), v. Arnim (Neu-Stettin), Schröder, Frehsee, Hemptenmacher, v. Somnitz, v. Weiher, Ebert, v. Below, Freiherr v. Kleist, Wendt, v. Graevenitz.

Stettiner Nachrichten.

** Stettin, 14. Februar. Das 1. Bataillon des 9. Infanterie-Regiments ist gestern in mehrere Kantonnements der nächsten Umgegend Stettin's von Kupfermühl bis Möhringen verlegt worden.

** Am Freitag stürzte sich ein 7jähriger Knabe, der Sohn eines Zuckersiederei-Arbeiters auf der Lastadie, aus Furcht vor Strafe wegen versäumten Schulbesuchs, aus dem Kammer-Fenster seiner 4 Treppen hoch belegenen elterlichen Wohnung, in den Garten hinab, ohne sich irgendwie zu beschädigen: vielmehr schickte sich unmittelbar nach dem Sturze der kleine Waghals weiter dazu an, durch Erklettern des Gartenzauns ins Freie zu entkommen.

** Ein junger Schwindler, der von hier vor einiger Zeit spurlos verschwand, indem er durch einen zurückgelassenen Brief den Seinigen mittheilte, er werde sich das Leben nehmen, hat kürzlich aus London geschrieben, daß er wohlbehalten daselbst angekommen sei.

Telegraphische Depeschen.

London, 14. Februar. Man erwartet allgemein die Aufnahme einer großen indischen Anleihe in England. Der heutige „Herald" kündigt an, daß der Zusammentritt eines Pariser Kongresses behufs der Fürstenthümerfrage beschlossen sei.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Februar. Witterung: trübe Luft, nebelig, gestern Regen. Temperatur + 3°. Wind O.

Weizen matt, loco pr. 85pfd. neuer gelber 56½, 57, 57½, 58 Rt. nach Qual. bez., pr. Frühjahr 83.85pfd. gelber 61¾ Rt. bez., do. 85pfd. 64½ Rt. bez.

Roggen stille, loco pr. 77pfd. 44¼, 44 Rt. bez., 77pfd. pr. Frühj. 44, 43¾ Rt. bez., 44 Br., Mai-Juni 44 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 45 Rt. bez., Septbr.-Oktbr. 47 Rt. Br.

Gerste gr. vorpomm. Abladung pr. 70pfd. 38 Rt. bez., pr. Frühjahr 69.70pfd. gr. pomm. 37½ Rt. Gd.

Hafer loco pomm. pr. 50pfd. 32¼ Rt. zu machen, pr. Frühjahr 47.50pfd. excl. poln. und preuß. 32 Rt. Gd.

Rüböl matter, loco 15 Rt. Br., pr. April-Mai 14½ Rt. Br., pr. Sept.-Oktober 13¾ Rt. bez.

Leinöl loco incl. Faß 12⅓ Rt. Br.

Spiritus fester, loco ohne Faß 19⅛, 19, 18⅞ % bez., mit Faß 19, 18⅞ % bez., pr. Frühjahr 18⅝, 9/16, ½ % bez., pr. Mai-Juni 18¼ % bez. u. Gd., 18⅛ Br., pr. Juni-Juli 17¾ % bez., pr. Juli-August 17¼ % Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 14. Februar, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 84⅝ [illegible] Prämien-Anleihe 3½ pCt. 116¼ bez. Berlin-Stettiner 106 bez. Stargard-Posener 86 Br. Köln-Mindener 135 bez. Diskonto-Kommandit-Antheile 100 bez. Französ.-Oesterr. St.-E.-A. 147½ bez. Wien 2 Mt. 95⅝ bez.

Roggen pr. Februar-März 46¼, 46 bez., pr. Frühjahr 45¾, ½ bez., pr. Mai-Juni 46, 45¾ bez.

Rüböl loco 15¼ bez., pr. Februar 15 bez. u. Br., pr. Febr.-März 14¾ Gd., pr. April-Mai 14⅔, 7/12 bez.

Spiritus loco 19 7/12 bez., pr. Febr.-März 19½ bez., ⅝ Br., pr. April-Mai 19⅞ bez., pr. Mai-Juni 20⅓, ¼ bez.

Stettin, den 14. Februar 1859.

		geford.	bezahlt	Geld
Berlin	kurz	100	—	—
"	2 Mt.	99⅓	—	—
Hamburg	kurz	152¼	—	—
"	2 Mt.	—	151½	—
Amsterdam	kurz	—	—	142½
"	2 Mt.	—	—	142¼
London	kurz	—	—	6 22½
"	3 Mt.	—	—	6 21
Paris	kurz	—	—	—
"	3 Mt.	—	—	79⅔
Bordeaux	kurz	—	—	—
"	3 Mt.	—	—	79⅔
Bremen	kurz	—	—	109¼
"	3 Mt.	—	—	—
St. Petersburg	3 Wch.	—	—	—
Wien	2 Mt.	—	—	95⅞ kz.
Freiwillige Staats-Anleihe	4½ %	—	—	—
Staats-Anleihe	4½ %	—	—	—
" "	4 %	—	—	—
Staats-Schuldscheine	3½ %	—	—	—
Preuß. Prämien-Anleihe	3½ %	—	—	—
Pommersche Pfandbriefe	4 %	—	—	—
" Rentenbriefe	4 %	—	—	—
Ritt. Pomm. Bankaktien à 500 Rt. incl. Div. v. 1. Januar 1858		—	—	—
Berlin-Stett. Eisenbahn-Aktien	4 %	—	—	—
" Prioritäts-	4½ %	—	—	—
" "	4 %	—	—	—
Stargard-Posener Eisenbahn-Akt.	3½ %	—	—	—
" Prioritäts-	4 %	—	—	—
" "	4½ %	—	—	—
Stett. Stadt-Obligationen	4½ %	99	—	—
Stett. Strom-Versicherungs-Aktien		130	—	—
Preuß. National-Versicher.-Aktien	4 %	98	—	—
Preuß. See-Assec.-Comp.-Aktien		640	—	—
Pomerania		—	—	105
Union		98	—	—
Stett. Börsenhaus-Obligationen		—	—	101
Stett. Schauspielhaus-Obligationen	5 %	—	—	100
Stett. Speicher-Aktien		100	—	—
Speicher-Vereins-Aktien		120	—	—
Pomm. Prov.-Zucker-Siederei-Aktien		2500	—	2200
Neue Stett. Zucker-Siederei-Aktien		850	—	—
Mescheriner-Zucker-Fabrik-Anth.		100	—	—
Bredower do.		—	—	—
Walzmühl-Aktien		—	—	—
Stett. Portland-Cement-Fabrik		112	—	—
Pomm. Chaussee-Bau-Obligationen	5 %	—	100	—
Stett. Dampf-Schleppschifff.-Ges.-Akt.		800	—	—
Stett. Dampfschiffs-Vereins-Aktien		280	—	—
Neue Dampfer-Compagnie		77	—	—
Germania		98½	—	—
Stett. Masch.-Bau-Akt.-Ges. Vulcan		—	—	65
Stett. Dampfmühlen-Gesellschaft	4 %	80	—	—
Pommerensdorfer Chemische Fabrik		102	—	—
Chemische Fabrikantheile		900	—	—
Usedom-Wolliner Kreis-Obligat.	5 %	100	—	—
Greifenhagener do.	5 %	—	—	—

Verantwortlicher Redakteur H. Schönert in Stettin.
Druck und Verlag von A. H. G. Effenbart in Stettin.